

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteiengesetzes



**Weil's eine Pflegerin im Nationalrat
braucht**

**Die KPÖ will eine Intensiv-Krankenpflegerin ins
Parlament bringen - Seite 6**



Volksstimme

Kompakt – 01/24



Elke Kahr im Interview

Anders als die Anderen
Seite 2

Expert:innen des Alltags

Kandidat:innen der KPÖ
Seite 3

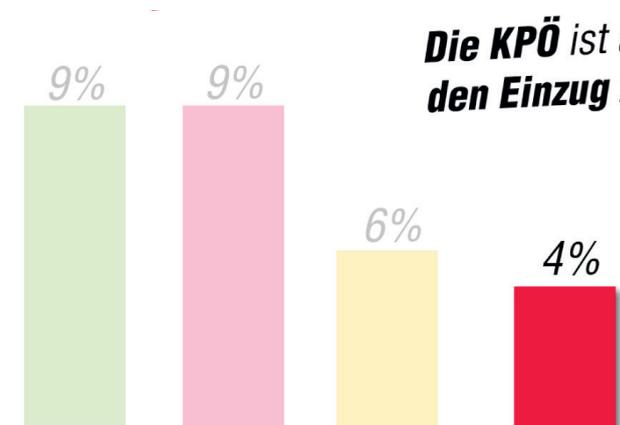
Helfen statt Kassieren

Interview mit Tobias Schweiger
Seite 5

KPÖ punktet bei Jungen

10% bei unter 30-Jährigen
Seite 9

**Umfragen sehen die KPÖ bei vier Prozent:
Ein Einzug in den Nationalrat ist möglich!**



**Die KPÖ ist auf dem Weg,
den Einzug zu schaffen!**



Warum es die KPÖ im Nationalrat braucht

Interview mit Elke Kahr (KPÖ), seit 2021 Bürgermeisterin von Graz

Volksstimme: Elke, warum braucht es eine starke KPÖ im Nationalrat?

Elke: Vielen Menschen geht es nicht gut. Jahre der starken Teuerung haben auch Leute mit guten Einkommen an ihre Grenzen gebracht. Die Wohnkosten steigen, auch der tägliche Einkauf macht viele Grundnahrungsmittel beinahe zum Luxus. Wir versuchen in Graz das Schlimmste abzufangen, aber es braucht auf Bundesebene eine Kraft, die konsequent für die Interessen der Bevölkerung eintritt.

Was sollte die Bundesregierung tun?

Statt strukturell etwas zu verändern, setzt die Bundesregierung auf Einmalzahlungen und halbherzige Maßnahmen. Die sind aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein und es ist zu befürchten, dass nach der Wahl nicht einmal diese gesichert sind. Obwohl Eingriffe in den Markt und Preisregulierungen im Interesse der Mehrheit gesetzlich möglich wären, will die Bundesregierung davon nichts wissen. Man hat nicht das Gefühl, dass sich die Regierung den Menschen verpflichtet fühlt.

Wofür steht die KPÖ in Graz?

Für einen konsequenten Blick von unten. Unsere Politik muss im Alltag nützlich sein, besonders für jene, die sonst keine Lobby haben. Trotz schwieriger Budgetlage haben wir eine Mietpreisbremse in städtischen Wohnungen eingeführt, bauen neue Gemeindewohnungen, können über die SozialCard allen, die es sich sonst nicht leisten könnten, eine Öffi-Jah-

reskarte um 50 Euro anbieten. Auch das Gesundheits- und Pflegeangebot wurde verbessert. Wir haben dafür die Klubfördermittel für die Parteien gekürzt. Meine Stadtratskollegen und ich geben einen Großteil unseres Gehalts an Menschen in schwierigen Lagen ab. Wir stehen auch als Bürgermeisterinnenpartei zu unseren Versprechen und haben unsere Haltung bewahrt. ■



Elke Kahr, Bürgermeisterin von Graz, verteilt Zeitungen.

Anders als die Anderen

Kein Anliegen ist zu klein

Wo die KPÖ stark ist, wird Menschlichkeit groß geschrieben. Mit ihren Sprechstunden sind Elke Kahr in Graz, Kay-Michael Dankl in Salzburg, Pia Tomedi in Innsbruck und Tobias Schweiger in Wien für Menschen in Notlagen jederzeit ansprechbar. Sie helfen unbürokratisch und schnell. Dabei ist klein Anliegen zu klein. Oft hilft die KPÖ dabei, an die richtige Stelle zu kommen, vermittelt zu Sozialeinrichtungen, unterstützt beim Beantragen von Förderungen oder beim Ausfüllen von Formularen. Wenn nichts mehr weiterhilft, dann wird auch unkompliziert finanziell unterstützt. (siehe S. 5)

Helfen statt Kassieren

Abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik – nach diesem Motto werden bei der KPÖ die Politikärgelälter selbst gekürzt. KPÖ-Politiker:innen behalten sich von ihrem Gehalt nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn und geben alles darüber hinaus in Sprechstunden an Menschen in Notlagen weiter. 3,2 Millionen Euro wurden so seit 1998 alleine in der Steiermark für Menschen in Notlagen zur Verfügung gestellt. Dieser Gehaltsverzicht – sogar im Statut der KPÖ – gilt selbstverständlich auch für Abgeordnete zum Nationalrat, sollte die KPÖ den Einzug im Herbst schaffen. ■



Expert:innen des Alltags

Der 34-jährige Tobias Schweiger will mit der KPÖ eine verlässliche Stimme für Soziales und für leistbares Wohnen in den Nationalrat bringen. Dafür ist er seit Monaten im ganzen Land unterwegs. Zum Ausgleich kocht er gerne für KPÖ-Aktivist:innen und verbringt Zeit mit seinen zwei Katzen. Gespräche mit Menschen in ganz Österreich haben ihm gezeigt, wo bei vielen der Schuh drückt. „In Österreich steigen die Mieten seit Jahren stark an, auch Energiekosten werden immer teurer“, sagt Schweiger. „Vor jeder Wahl versprechen die Parteien, dass sie die Wohnungskrise angehen wer-



**Eine Stimme für
leistbares Wohnen
& Soziales**

**Tobias Schweiger
Spitzenkandidat
der KPÖ**

den. Nach dem Wahltag fallen die Versprechen dann schnell unter den Tisch. Deshalb braucht es eine verlässliche Stimme für Soziales und für leistbares Wohnen im Nationalrat.“

Chance auf den Einzug ins Parlament

Dabei hat die KPÖ dieses Mal laut Umfragen eine realistische Chance ins Parlament einzuziehen. Die Umfragen und das Ergebnis der EU-Wahlen im Juni sind eine gute Ausgangsbasis für den nächsten Schritt. Lokal ist die Partei bereits vielerorts verankert. „Wir sind in Graz die

stärkste Partei, stellen in Salzburg mit Kay-Michael Dankl den Vizebürgermeister und haben zuletzt mit den Einzug in den Innsbrucker Gemeinderat geschafft“, so Schweiger. „Die KPÖ beweist dort seit Jahren, dass sie verlässlich für leistbares Wohnen eintritt“.

Schlüsselthema Wohnen

Bei der Nationalratswahl rückt die KPÖ das Thema leistbares Wohnen in den Mittelpunkt. „Die teuren Wohnkosten belasten die Mehrheit der Menschen. Als Wohnen-Partei steht für uns die Grundversorgung aller Bürger und Bürgerinnen mit

leistbarem Wohnraum im Mittelpunkt“, so Schweiger. „Viele Menschen sind von den etablierten Parteien enttäuscht. Bei der letzten Nationalratswahl lag die Wahlbeteiligung nur mehr bei 75%, in vielen Städten ist sie kaum über 50%. Das heißt, jeder Vierte war nicht wählen. Als KPÖ wollen wir denen, die die Hoffnung in die etablierten Parteien verloren haben, eine Stimme geben.“ Daher setzt die Partei darauf, Expert:innen des Alltags ins Parlament zu bringen. Auf den vorderen Listenplätzen finden sich eine Pflegerin, ein Miliz-Soldat, Sozial- und Facharbeiter:innen. ■

Platz 2:

Bettina Prochaska

Bettina Prochaska (56) ist seit über 30 Jahren Intensiv-Pflegerin. Sie ist Mutter von 2 Kindern, und wohnt in Salzburg. Politisch setzt sie sich dafür ein, dass der Pflege-Beruf als Schwerarbeit anerkannt wird. In ihrer Freizeit geht sie gerne surfen und läuft Marathon.



Platz 3:

Josef Meszlenyi

Josef Meszlenyi (32) ist Stadtrat in Knittelfeld. Er setzt sich als Miliz-Soldat für die österreichische Neutralität und den Erhalt von Frieden ein. In seiner Freizeit verbringt er gerne Zeit mit seinem Hund und reist gerne nach Italien. Er moderiert leidenschaftlich Pub-Quizze für die KPÖ.



KPÖ: Wohnen- Programm

Das Wahlprogramm der KPÖ ist da. Mit zentralem Schwerpunkt auf das Thema leistbares Wohnen bleibt die KPÖ sich treu: Von aktiver Bodenpolitik über einen bundesweiten Mietendeckel bis zur Überbauung von Supermärkten. Das Programm ist online zum lesen unter: www.kpoe.at ■

Kochen für Solidarität

Die Nachbarschaftsküchen der KPÖ

Gemeinsames Kochen und Grillen, nette Atmosphäre, gute Gespräche bei gutem Essen. Wer will und kann, spendet etwas dafür – Voraussetzung ist es keine. Angesichts der Teuerung hat die KPÖ an mehreren Orten begonnen, solidarische Küchen aufzubauen. Neben Ottakring wird auch in Meidling, Simmering, Graz, Linz, Salzburg und Innsbruck für die Menschen regelmäßig aufgetischt.

Als jüngster Zuwachs reiht sich Innsbruck mit einem monatlichen Termin ein. Unter dem Motto „Pizza Comunista“ backt Gregor Sanders, Gemeinderat in Innsbruck, gemeinsam mit Bundessprecher und Spitzenkandidat Tobias Schweiger monatlich etwa 100 Pizzen für Nachbarn und Stammgäste. Mit dem Sommer wechselt jeden Monat der Belag, aber die gute Stimmung bei Italo-Pop bleibt.

Kanzler Nehammer von der ÖVP empfiehlt Menschen mit geringem Einkommen ihren Kindern billiges Fast Food aufzutischen. Bei der KPÖ wird gemeinsam angepackt, damit gesundes, leckeres Essen auf den Tisch kommt. Die KPÖ organisiert damit eine solidarische Praxis vor Ort. Hier lernt sich die Nachbarschaft kennen. ■



Politikergehälter kürzen

Fast drei von vier Nationalratsabgeordneten beziehen neben den 10.351,39 Euro brutto monatlich weitere Zusatz Einkommen. „Im Nationalrat tummeln sich offensichtlich vor allem Privilegienritter. Bei diesen Bezügen fehlt jedes nachvollziehbare Verhältnis zu den normalen Arbeitseinkommen“, meint KPÖ-Spitzenkandidat Tobias Schweiger. ■

Salzburgs dunkelroter Vizebürgermeister

Salzburg kennt man als Stadt der Festspiele – und des teuren Wohnens: Eine Dreizimmerwohnung kostet dort schnell 1.600 Euro und mehr! Vielen Salzburgern reicht's – das hat auch die Gemeinderatswahl im Frühjahr gezeigt: Die KPÖ erreichte mit über 23 Prozent den zweiten Platz, überholte die ÖVP und schaffte es in die Bürgermeister-Stichwahl. Seit Mai ist Kay-Michael Dankl Vizebürgermeister für Wohnen, Bauen und Bodenpolitik. Es begann alles sehr überschaubar. Vor fünf Jahren zog die KPÖ nach Jahrzehnten wieder in den Salzburger Gemeinderat ein – der einzige Mandatar: Kay-Michael Dankl.

Ein unbemerkter Erfolg, eine Kleinpartei wie viele andere? Nicht für lange. Nach dem Vorbild von Graz organisierte die KPÖ in Salzburg Sozialberatungen. Hunderte Menschen wandten sich an den kommunistischen Gemeinderat: Stromabschaltungen, Miet-

rückstände, Schwierigkeiten mit Ämtern. Dort bekamen sie unbürokratische Hilfe, Anrufe bei den zuständigen Stellen und mediale Aufmerksamkeit für Anliegen, die von den etablierten Parteien längst vergessen waren. Kleine Erfolge stellten sich ein, wie die Durchsetzung eines städtischen Kautionsfonds, der für Menschen mit niedrigen Einkommen den Einzug in ein neues Zuhause erleichtern sollte.

Vier Jahre später zeigte sich, was mit einem einzigen Mandat alles möglich ist. Weit über die Stadtgrenzen hinaus hatten sich Kay-Michael Dankl und die KPÖ in Salzburg einen Namen gemacht. Dem Überraschungserfolg bei der Landtagswahl 2023 folgte im März 2024 der Einzug in die Bürgermeister-Stichwahl. Heute ist Kay-Michael Dankl Vizebürgermeister und Wohnen-Stadtrat. Der Familienvater Dankl ist längst nicht mehr allein im Gemeinderat – die ist KPÖ nun mit 10 Mandaten zweitstärkste Partei geworden. ■



Kay-Michael Dankl (KPÖ), Vizebürgermeister von Salzburg

Helfen statt Kassieren

Volksstimme: Was macht die KPÖ anders als die anderen Parteien?

Tobias: Bei uns stimmen Wort und Tat überein. Wir versprechen nicht das Blaue vom Himmel, sondern setzen uns konsequent für diejenigen ein, die es sich nicht selbst richten können. Konkret heißt das: unsere gewählten Mandatar:innen behalten sich von fürstlichen Bezügen nur einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn und geben den Rest an die Bevölkerung zurück. Wir verstehen Politik nicht als Karriere, sondern als Dienst an der Gesellschaft und sind keinen Großinvestoren verpflichtet.

Kann die KPÖ in der etablierten Politik alleine etwas bewirken?

Unsere erfolgreiche Politik seit vielen Jahren in Graz und jetzt auch in Salzburg zeigt, dass die KPÖ im Alltag der Menschen einen Unterschied

Tobias Schweiger Spitzenkandidat KPÖ

men. Wir werden nichts versprechen, von dem wir schon wissen, dass es nicht umsetzbar ist. Wir wollen nah an den Menschen sein und ihnen Hoffnung geben, dass wir gemeinsam etwas verändern können. Und das können wir nicht allein im Parlament, dazu braucht es breiten Druck von unten.

Warum sollte man die KPÖ bei der Nationalratswahl wählen?

Für viele Maßnahmen brauchen wir natürlich Mehrheiten im Nationalrat. Aber dass die KPÖ auch auf Bundesebene etwas verändern kann, zeigen die Fortschritte bei der Leerstandsabgabe. Die ÖVP-Ministerin Edtstadler hat ja öffentlich zugegeben, dass die Bundesregierung tätig wurde, weil die KPÖ mit dem Thema



Tobias Schweiger über die Politik der KPÖ

macht. Zum einen helfen wir als Partei Menschen in schwierigen Situationen konkret und unbürokratisch weiter. Zum Anderen gelingt es uns in den Stadtregierungen in Graz und Salzburg leistbares Wohnen, gute Gesundheits- und Pflegeversorgung und eine Politik an der Seite der Menschen voranzubringen.

Immer mehr Menschen gehen gar nicht mehr zur Wahl. Was hat ihnen die KPÖ anzubieten?

Dass wir zuhören und sie ernst neh-

men. Wohnen Wahlerfolge feiert. Damit ist sie nicht alleine. Mittlerweile reden alle Parteien vom Wohnen. Die KPÖ steht dafür, dass sie es nicht nach der Wahl wieder vergessen.

Wirst du auch als Nationalratsabgeordneter Sprechstunden machen?

Ja, ich werde meine Sprechstunden in Wien weiterführen, und das werden auch alle zukünftigen Nationalratsabgeordneten der KPÖ tun. Wir behalten uns vom Politikerbezug 2.500 Euro netto. ■

Sprechstunden

Grazer Mieternotruf

Wir überprüfen Mietverträge und Betriebskostenabrechnungen und beraten bei Problemen rund um das Thema Wohnen. Die Rufnummer 0316 71 71 08 steht allen Grazerinnen und Grazern rund um die Uhr zur Verfügung.

Salzburger Beratung & Hilfe

Sie sind aus Salzburg und in einer Problemlage? Die Abgeordneten der KPÖ Salzburg nehmen sich gerne Zeit für ein persönliches Gespräch. Rufen Sie unter der Nummer +43 662 8072 2852 an, um einen Termin zu vereinbaren.

Innsbrucker Sprechstunde zu Wohnen und Sozialem

Jeder und jede kann in eine Notlage geraten. Bei unseren Sprechstunden zu Wohnen und Soziales stehen wir mit Rat und Hilfe zur Seite. Telefonische Anmeldung unter: 0677 644 260 66.

Wiener Beratungscafé

Sie haben Probleme mit Anträgen und Formularen und suchen Rat und Hilfe? Sie sind nicht allein. Unsere Wiener Spitzenkandidatin Claudia Krieglsteiner hilft gerne weiter. Bitte machen Sie einen Termin mit uns aus. Kontakt: 0660 1976 912.

Anlaufstelle der KPÖ Oberösterreich

Es gibt ein Problem oder Anliegen, das es persönlich zu besprechen gilt? Kommen Sie in eine Sprechstunde mit den Gemeinderät:innen nach telefonischer Terminvereinbarung: 0732-652156.



Pia Tomedi bewirbt Sprechstunden in Tirol.

Gesundheit vor Profite

**Interview mit Bettina Prochaska
Intensivkrankenschwester
& Spitzenkandidatin**

Volksstimme: Du arbeitest seit 40 Jahren in der Pflege. Was gefällt dir an deinem Beruf?

Bettina: Die Pflege ist als erstes, am engsten und auch oft als letztes beim Patienten. Als Personal, das am intensivsten mit dem Patienten in Kontakt ist, müssen wir schnell auf neue Situationen mit Kompetenz und Einfühlungsvermögen auf zum Teil kritische Situationen reagieren. Das macht den Beruf spannend und abwechslungsreich, aber auch sehr fordernd.

Wie schaut der Arbeitsalltag einer Pflegekraft aus?

Wir haben auf dem Papier eine 40-Stunden-Woche, die sich in Tagdiensten zu 12 Stunden oder Nachtdiensten zu 13 Stunden unterteilt. In der Realität arbeiten wir aber viel mehr, einerseits weil Planstellen nicht besetzt sind, andererseits weil Krankenstände dazwischenkommen. Nachtdienste sind Schwerstarbeit und gehen auf die Gesundheit. Schlafstörungen gehören zur Tagesordnung, erhöhtes Krebsrisiko und Herz - Kreislauf Erkrankungen – dies ist alles wissenschaftlich erwiesen! Viele Kolleg:innen leiden unter Bandscheibenvorfällen wegen der Be-

lastung bei Lagerung und Mobilisierung von Patient:innen. Die derzeitigen Arbeitsbedingungen kosten uns buchstäblich Lebenszeit!

Warum braucht es eine Pflegerin im Nationalrat?

Die anderen reden immer nur über die Pflege, in der KPÖ reden Pflegekräfte selbst. Ich möchte, dass wir, die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich in der Poli-



tik mitgestalten. Unser Gesundheitssystem hatte schon vor der Pandemie massive Probleme. Deshalb verlassen ja so viele Menschen die Gesundheitsberufe. Viele meiner jüngeren Kolleg:innen arbeiten nur mehr Teilzeit, weil der Arbeitsdruck und die körperlichen und seelischen Belastungen sonst nicht packbar sind. Man sieht jetzt schon, dass viele gut ausgebildete Pflegefachleute nur kurz im Beruf bleiben. Ich möchte, dass wir selbst in der Politik mitgestalten, um die Situation für uns und die Patient:innen zu verbessern.

Alle reden von der Krise im Gesundheitssystem. Was tun dagegen?

Anerkennung der Pflege als Schwerarbeit, Anhebung des Grundgehalts, einen gesetzlich verbindlichen bundesweiten Pflegeschlüssel, altersgerechte Arbeitsplätze, Anrechnung von Vordienstzeiten, bessere Ausbildung durch mehr Ausbildungsplätze und Entlohnung in der Ausbildung (siehe Polizei) und ein besserer Notrifikationsprozess, einheitliche Anerkennung von Diagnosen und Leistungen. Gemeinsam können wir viel erreichen, aber es ist dafür nötig, dass die Regierung erkennt, dass Gesundheit und Pflege uns alle angeht. ■

ME/CFS: Ignoriert und schikaniert

Für viele ist die Corona-Pandemie in den Hintergrund gerückt. Andere spüren ihre Folgen umso drastischer. Long Covid ist eine von mehreren Ursachen für ME/CFS. Das ist eine schwere, komplexe, chronische Erkrankung, die Menschen arbeitsunfähig macht und weitgehend aus dem sozialen Leben katapultiert. Etwa 80.000 Menschen in Österreich leiden daran. Sie und ihre Angehörigen trifft die volle Härte der Zweiklassen-Medizin und des Sozialabbaus. Sie werden weitgehend von der Politik ignoriert. Erkrankte leiden unter wenig Forschung, hohen Behandlungskosten und Schikanen, etwa durch die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) und das Sozialministerium. „Wir fordern medizinisch sachliche Bewertungskriterien. Wir werden anhand von falschen Gutachten als arbeitsfähig zum AMS geschickt und als Simulant:innen verunglimpft“, kritisiert Sandra Steinmüller, ein betroffenes Mitglied der KPÖ. „So werden wir langsam in die Armut gedrängt.“ ■

Räumungsverkauf im Gesundheitssystem?

Ungleicher Zugang, Mehrkosten statt versprochener Kostensenkungen und weniger Kontrollen zu Lasten des Wohls von Beschäftigten und Patient:innen. Das sind die Folgen der Privatisierung kritische Infrastruktur. Dennoch hält die etablierte Politik am Ausverkauf von Gesundheitseinrichtungen fest. So etwa beim Unternehmen VAMED. Dieses betreibt österreichweit 17 stationäre und ambulante Reha-Einrichtungen.

Erst im Juni ermöglichte die Staatsholding ÖBAG den Verkauf an einen französischen Investmentfonds. Dieser hat sich mit dem Kauf und Weiterverkauf eines französischen Altenheimkonzerns einen schlechten Ruf erwirtschaftet, die Bewohner klagen über gravierende Verschlechterungen. Bettina Prochaska kritisiert den Vorgang und fordert dazu auf, die Gesundheitsinfrastruktur in öffentlicher Hand zu halten: „Privatisierungen sind Teil der aktuellen Misere im Gesundheitsbereich. Der Mensch muss im Gesundheitssystem im Mittelpunkt stehen.“ ■



Futter für die Lieblinge

Seit Juli 2022 findet einmal monatlich eine kostenlose Tierfutter-Ausgabe im Volkshaus der KPÖ Graz statt. Mit der Teuerung ist die Angst, das geliebte Haustier hergeben zu müssen, für viele Menschen alltäglicher geworden. In Graz kommen zu jedem Termin etwa 150 bis 200 Leute. „Weil es uns ein Anliegen war, Menschen in schwierigen finanziellen Verhältnissen bei den Kosten für ihr Haustier zu unterstützen und gratis Tierfutter zur Verfügung zu stellen, haben wir den Lennymarkt als Verein gegründet“, erklärt KPÖ-Gemeinderätin Daniela Katzensteiner. Er soll es Menschen ermöglichen, trotz ge-

ringer finanzieller Mittel, ihr Haustier ordentlich versorgen zu können und bewahrt Tiere davor, ihr gewohntes Heim zu verlieren und letztlich im Tierheim zu landen. „Ein Gewinn für Mensch und Tier“, so Katzensteiner.

Auch in anderen Städten hat der Tierfuttermarkt Wurzeln geschlagen. In Linz und Salzburg gab es schon mehrere Termine. Sara Sturany aus Salzburg, selbst große Hundeliebhaberin und Gemeinderätin der KPÖ, erzählt: „Unter der Teuerung leidende Haustiere wollten wir verhindern. Ob Hund, Katze, Hamster oder Vogel, für alle ist Futter da.“ ■

Ein Schulstartpaket für Linz

Durch die Initiative der Linzer KPÖ-Gemeinderatsfraktion werden auch im Schuljahr 2024/25 Familien mit geringem Einkommen zum Schulstart unterstützt.

KPÖ-Gemeinderätin Gerlinde Grün: „Das ist eine wichtige Unterstützung für Kinder aus Familien, die es eh schon schwer haben, und die damit besser in das kommende Schuljahr starten können.“

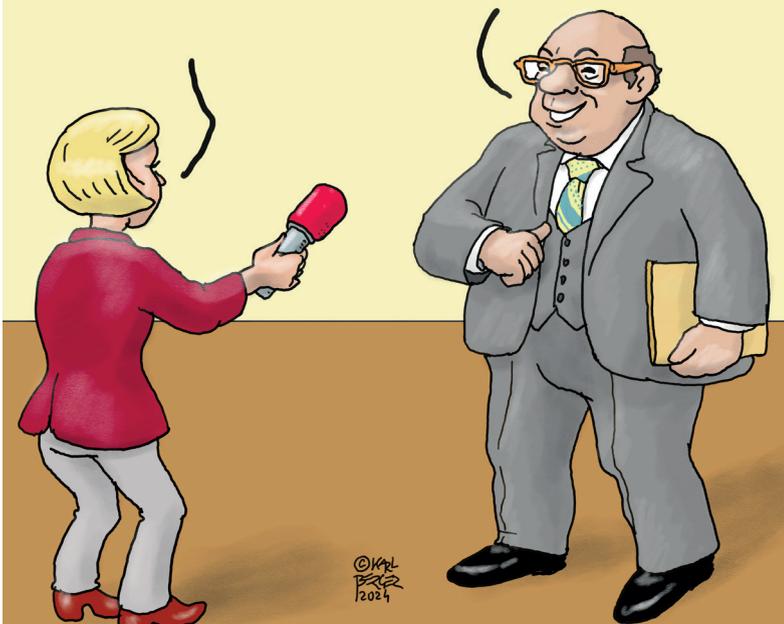
Der von der Stadt Linz einmalig gewährte Zuschuss für Schulkinder der Altersgruppe 6 bis 10 Jahre sorgte für eine starke Nachfrage. Über 4.700 Anträge wurden letztes Jahr bewilligt. Die große Nachfrage zeigt auf, wie wichtig solche finanziellen Unterstützungen sind.



Gerlinde Grün, Fraktionsvorsitzende der KPÖ im Linzer Gemeinderat

WAS GENAU KÖNNEN SIE, ALS PRIVATER BETREIBER DIVERSER GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN, BESSER ALS DIE ÖFFENTLICHE HAND?

ES IST DIE ACHTSAMKEIT! IM GESUNDHEITSWESEN STECKT SEHR VIEL GELD, UND WIR ACHTEN SEHR DARAUFG, DASS DAVON VIEL IN UNSEREN TASCHEN LANDET!



Holzaktion in Innsbruck

Was hat ein alter Schuppen am Brenner mit Solidarität zu tun? Wenn man ihn abreißt und zuschneidet, wird hervorragendes Brennholz daraus. Seit einigen Jahren versorgt die KPÖ Tirol Haushalte direkt mit Heizmaterial für den Winter.

Die Idee entstand im Rahmen der KPÖ-Sozialsprechstunden in Innsbruck. Dort haben Betroffene Pia Tomedi vom Problem der gestiegenen Holzpreise erzählt. Mitglieder der KPÖ begannen, Alt- und Brennholz zu sammeln und auszuliefern. So wurden einem guten Dutzend Haushalten in der Nachbarschaft die Keller mit Brenn- und Anzündholz gefüllt. „Durch die Aktion ist ein reger Kontakt in der Nachbarschaft entstanden. Und dass die Menschen, bei denen das Holz ankommt, auch eifrig mithelfen, freut uns natürlich besonders“, erzählt Pia Tomedi. Die frisch gewählte Klubobfrau im Innsbrucker Gemeinderat freut sich schon auf die nächste Aktion. „Dafür sind wir bereits in Kontakt mit einigen Waldbesitzern“. ■



Josef Meszlenyi setzt auf Neutralität

Drei Viertel aller Österreicher befürworten laut aktuellen Umfragen die österreichische Neutralität. Nur eine kleine Minderheit befürwortet einen Beitritt zur NATO. Trotzdem versucht die Regierung mit einer Salami-Taktik, die Neutralität Stück für Stück zu beschneiden.

Österreich hat sich nach den Erfahrungen von Faschismus und Krieg für den Weg der Neutralität entschieden. Die KPÖ war dabei eine treibende Kraft und die erste Partei, die sich dafür eingesetzt hat. Seitdem wurde die Neutralität zum Erfolgsmodell, das eine friedliche Entwicklung garantiert. Österreich wurde wichtiger Vermittlungspartner in Zeiten des Kalten Krieges. Die KPÖ ist eine Friedenspartei. Österreich ist ein kleines Land, trotzdem kann es einen großen Beitrag zum Frieden in der Welt leisten.

Der Neutralitäts-Pepi

Die österreichische Neutralität wird in den letzten Jahren immer wieder in Frage gestellt. Der Knittelfelder Miliz-Soldat und Stadtrat Josef Meszlenyi erklärt in seiner Kolumne, warum die Neutralität verteidigt werden muss.

Österreich wurde zum UNO-Sitz, war Verhandlungsort zwischen den Mächten, brachte verfeindete Parteien an einen Tisch und trug wesentlich zu Abrüstungsverträgen bei. Friedenspolitik hat sich dabei als die beste Verteidigungspolitik und als Garantie für zukünftige Sicherheit erwiesen. Das gilt in den letzten Jahrzehnten leider immer weniger.

Die Politiker:innen der etablierten Großparteien berufen sich zwar in ihren Sonntagsreden gerne auf die Neutralität, aber hinter dem Rücken der Bevölkerung wird dann aufgerüstet und mit Sky-Shield beispielsweise die Neutralität ausgehöhlt. Statt sich für den Frieden einzusetzen, geht unsere Bundesregierung inzwischen so weit, als eines von nur 10 Ländern gegen einen Waffenstillstand im Nahen Osten zu stimmen.

Auch vor den anderen etablierten Parteien ist die Neutralität nicht sicher. Die Neos wollen sie sowieso am liebsten gleich abschaffen und durch eine EU-Armee ersetzen. Die FPÖ hat die Neutralität zwar als Floskel entdeckt, hat aber bis vor wenigen Jahren noch als einzige Partei offen einen NATO-Beitritt gefordert. Und die SPÖ schreibt sich die Neutralität zwar auf die Wahlplakate, hat aber jetzt bereits einen Monat später im EU-Parlament dafür gestimmt, dass Österreich in Zukunft 1 Milliarde Euro pro Jahr für die militärische Unterstützung der Ukraine zahlen soll.

Bei der Neutralität kann man sich nur auf die KPÖ zu 100% verlassen. Damit die Neutralität in den nächsten Jahren nicht heimlich abgeschafft wird, braucht es eine starke KPÖ im Nationalrat. ■

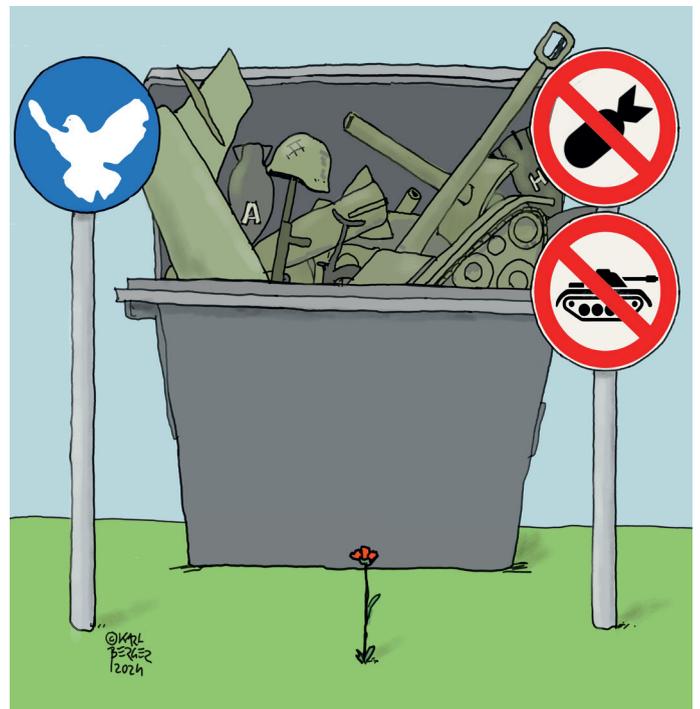
Ohne Frieden ist alles nichts | Wie die etablierten Parteien die Neutralität aushöhlen

Beim EU-Beitritt wurde der Bevölkerung versprochen, dass sich an den „sicherheitspolitischen Besonderheiten“ der neutralen und bündnisfreien Länder nichts ändern wird. Dennoch haben seitdem alle österreichischen Bundesregierungen die Integration Österreichs in die militärischen Strukturen der EU und die Annäherung an die NATO betrieben.

Österreich ist der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ beigetreten, beteiligt sich an den EU-Battlegroups, an der Militär-Zusammenarbeit „PESCO“ und an Sky-Shield. Das

alles schadet der Glaubwürdigkeit der österreichischen Neutralität massiv.

Gesetzliche Grundlagen der Neutralität wurden aufgeweicht, um freie Hand für Auslandseinsätze auch ohne UNO-Mandat zu bekommen. Das Bundesheer wird „bündnisfit“ gemacht. Das bedeutet teure Aufrüstung. Der Ankauf der Eurofighter hat lange die Gerichte beschäftigt. Die Kosten für diese Subventionen an die Rüstungskonzerne zahlen wir alle. Geld, das in die Rüstung fließt, fehlt bei Gesundheit, Bildung und Klimaschutz schmerzlich. ■



KPÖ: Besonders stark bei den Jungen

**Alisa Vengerova,
Jugendkandidatin der KPÖ &
Bundessprecherin Junge Linke**

Volksstimme:

Warum fühlen sich so viele junge Menschen von den aktuellen Parlamentsparteien nicht vertreten?

Alisa: Junge Menschen haben immer weniger Vertrauen in das politische System, weil uns die etablierte Politik nichts zu bieten hat. Vor jeder Wahl gibt es immer neue Versprechen, danach ändert sich aber nichts. Wir sind die erste Generation, bei der klar ist, dass es ihr materiell nicht besser gehen wird als der Elterngeneration. Die Corona-Krise, die Kriege und die massiven Teuerungen setzen unserer Generation massiv zu.

Wie äußert sich das?

Die extremen Wohnkosten zum Beispiel: Dadurch wird das Ausziehen von Zuhause immer schwieriger. Wenn man dann eine Wohnung hat, frisst die Miete schnell einmal die Hälfte vom Gehalt. Und den Preisexplosionen konnte man in den letzten Jahren direkt zuschauen. Das führt zu immer mehr Einschränkungen



Alisa Vengerova, Jugendkandidatin der KPÖ

und einem Verlust von Lebensqualität und Perspektive. Da fragt man sich schon, wie das alles noch weitergehen soll.

Wozu führt das bei jungen Menschen?

Zu einer generellen Perspektivlosigkeit. Die ist allerdings politisch verursacht. Und zwar von jenen Parteien, die mit ihrer Politik in den letzten Jahrzehnten dafür gesorgt haben, dass junge Menschen heute nicht mehr positiv in die Zukunft blicken können. Es sind dann teilweise dieselben Parteien, die jungen Menschen ausrichten, sie wären doch einfach zu faul, nur weil junge Menschen eine andere Vorstellung davon haben, wie

sie ihr Leben gestalten wollen. Dass sich viele junge Menschen deshalb auch ganz von der Politik abwenden, kann ich leider sehr nachvollziehen.

Was macht die KPÖ hier anders?

Die KPÖ ist grundlegend anders. Sie ist anders als die anderen Parteien in allem, was sie tut: Vom Gehaltsverzicht, über ihren konsequenten Einsatz für leistbares Wohnen bis zu ihrem Ziel einer völlig anderen Gesellschaft, in der die Menschen und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. Das macht sie für viele junge Menschen zu einer echten Alternative zu den etablierten Parteien, von denen sie sich nichts erwarten. ■

KPÖ
Vorzugsstimme Bundesliste
Vengerova

Der Jugend eine Stimme geben

Die KPÖ ist die älteste Partei des Landes, junge Menschen fühlen sich allerdings besonders stark von ihr vertreten. Jeder Zehnte unter 30 Jahren hat bei der EU-Wahl die KPÖ gewählt. Ganze 60% der KPÖ-Wähler waren junge Menschen.

Ginge es nach jungen Menschen, wäre die KPÖ bereits in EU-Parlament und Nationalrat vertreten. Der Jugend gehört die Zukunft und in dieser Zukunft sieht die Jugend wie es scheint immer öfter eine starke KPÖ. ■



Energiegrundsicherung: Gemeinwohl statt Profite

Fast jeder zehnte Haushalt in Österreich konnte sich vergangenen Winter eine warme Wohnung nicht durchgehend leisten. Zwischen 803.000 und 968.000 Personen gelten hierzulande deshalb als energiearm. Zu Beginn der Regierung von ÖVP und Grünen waren es noch etwa 200.000 Personen. Damit hat sich Energiearmut in den letzten Jahren mehr als vervierfacht.

Die häufigsten Ursachen für Energiearmut sind angesichts der Teuerungskrise geringes Einkommen und schlecht gedämmte Gebäude. Am stärksten sind Ein-Eltern-Haushalte betroffen. Deshalb gewinnt das von der KPÖ entwickelte Konzept der Energiegrundsicherung an Zuspruch. Die KPÖ schlägt vor, allen Haushalten in Österreich den Grundbedarf an Strom und Wärme kostenlos zur Verfügung zu stellen. Erst bei höherem Verbrauch sollen die Kosten ansteigen. „Das verhindert Energiearmut und ist ökologisch

und gerechter, als Mieter:innen für die Gastherme ihres Vermieters bezahlen zu lassen“, erklärt Tobias Schweiger, Spitzenkandidat der KPÖ.



Um diese Maßnahme umzusetzen, schlägt die KPÖ vor, die Energieunternehmen in öffentlicher Hand von Aktienunternehmen wieder in gemeinnützige Unternehmen umzubauen und in öffentlicher Hand zu halten. Dazu sollen regionale Energiegenossenschaften gegründet werden, die auf erneuerbaren Energiequellen aufbauen und ins Eigentum der regionalen Bevölkerung übergehen. Zur Finanzierung der Umwandlung der Energieunternehmen verweist die KPÖ auf ihre Forderung nach Vermögens- und Erbschaftssteuern. Einnahmen aus so einer Steuer könnten etwa zur Rückwandlung der Energiekonzerne in gemeinnützige Unternehmen verwendet werden, meint Schweiger. ■

Emissionen durch Kanonen

**Claudia Krieglsteiner,
Spitzenkandidatin der
KPÖ in Wien**

Friedenspolitik ist auch Klimapolitik. Die weltweite Militärmaschine zeigt deutlich, was Aufrüstung und Krieg für Klima und Umwelt bedeuten. Die CO₂-Emissionen der US-Armee sind so hoch wie die von ganz Portugal. Alle Militärs der Welt zusammen sind der viertgrößte Produzent von Treibhausgasen. Das Geschäft mit den Waffen ist leider so

lukrativ wie tödlich. Die Lobbys der Rüstungsindustrie setzen ihre Interessen gnadenlos durch, deshalb steht in den internationalen Klimaabkommen auch nichts von Abrüstung. Österreich hätte als neutrales Land so viele Möglichkeiten, hier Initiativen zu setzen. Stattdessen gliedert die Regierung Österreich in die Aufrüstungsspirale mit ein. ■



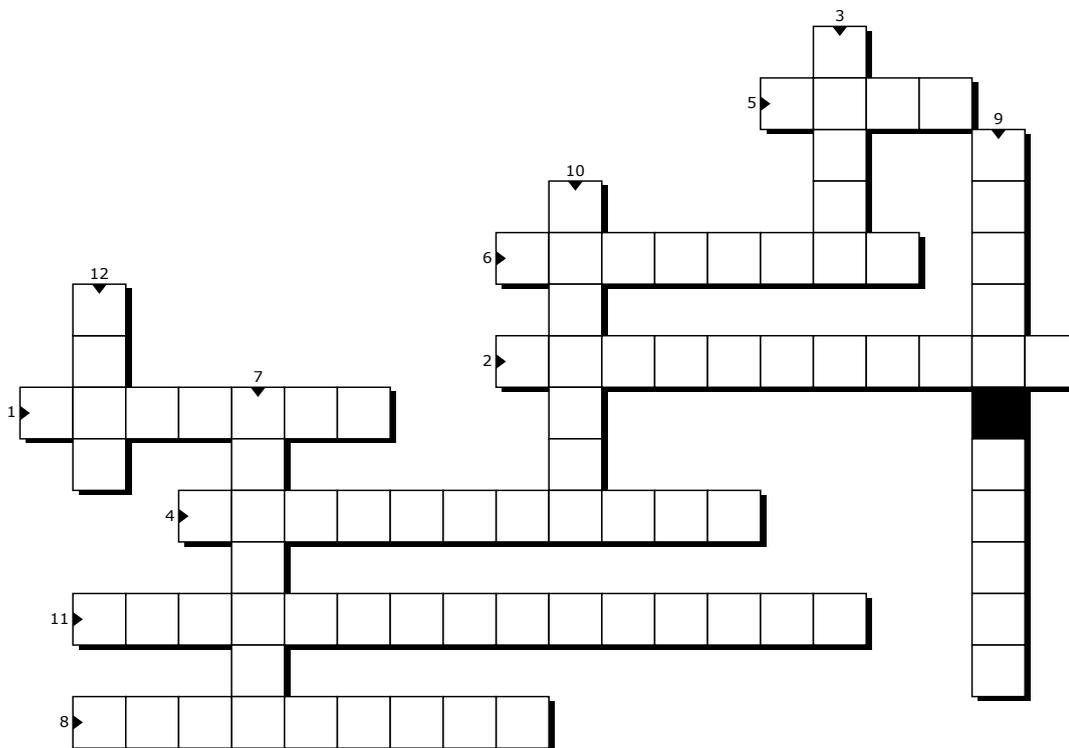
**WIENS
SCHÖNSTES
FEST
Prater
Jesuitenwiese**

**31. Aug.
& 1. Sept.
2024**

**volks
stimme
fest**

www.volksstimmefest.at

Rote Rätselfseite



- 1. Kleinste Gemeinde Österreichs
- 2. Sind nur in Österreich kein Glücksspiel
- 3. Friedenssymbol
- 4. Land mit der höchsten Parteienförderung Europas
- 5. Weltbürgermeisterin 2023
- 6. Kanzler, der beim Wohnen nichts weitergebracht hat
- 7. Hier ist der tiefste Punkt Österreichs
- 8. Kärntner Spezialität (Speise)
- 9. Jugendorganisation der KPÖ
- 10. Italienischer Kommunist, Gefährte von Don Camillo
- 11. Sozialkritisches Musical aus Österreich
- 12. Bekannter Philosoph und Ökonom, bekannt für sein Manifest

Sudoku

3			6	5				
4	5		9		7			
7	8		4	3	2	5	1	
		3	2	9	6			
		7	5	8				3
		8	7		3			
						2		1
			1			4	6	7
	6	1	3	7	4	8	9	

Leicht

	7	5			9	4		
9		5			6	3		
		8			9	2	7	
3			1	8	5			
					4	5		6
			4	9		8		
		3	2				5	4
4			7		3		6	

Mittel

IMPRESSUM:

Eigentümerin, Herausgeberin, Verlegerin:
 KPÖ, Drechslergasse 42, 1140 Wien
 Druck: Druckzentrum Salzburg, 5020 Salzburg

Fotos: Pansy
 Illustrationen: Berger
 Gestaltung:
 Pianka/Veuilliet/Pansy

www.kpoe.at
 info@kpoe.at
 facebook: /kpoe.at
 instagram: @kpoe.at

KPO

Damit sich was ändert.

Tobias Schweiger

**EINE STIMME FÜR
LEISTBARES WOHNEN**

**Eine Stimme
für die ~~Ö~~ KPÖ**